

I M P R E S S U M

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw., Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793
Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz), Katharina Klee (Chefredakteurin), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Lucia Bauer, Martin Bolkovac, Adi Buxbaum, Sonja Ertl, Astrid Fadler, Georg Feigl, Elias Felten, Ursula Filipič, Amir Ghoreishi, Wolfgang Greif, Heike Hausensteiner, Nani Kauer, Florian Kräftner, Steffen Lehdorff, Markus Marterbauer, Michael Mesch, Lukas Oberndorfer, Ursula Pachl, Brigitte Pellar, Wolfgang Purer, Evelyn Regner, Oliver Röpke, Agnes Streissler-Führer, Paul Sturm

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-; Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-. Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

Es geht eh nur um Gurken ...

Mythen und Märchen über die Europäische Union.

„Die EU kostet uns zu viel.“

Zum Vergleich: Um die jährlichen Steuern an den Staat zu zahlen, müssen BürgerInnen in den meisten Ländern bis weit ins Frühjahr oder in den Sommer hinein arbeiten. Erst dann fließt das Geld in die eigene Tasche. Für den Beitrag zum EU-Haushalt müssen EU-BürgerInnen hingegen nur vier Tage zahlen.

„Österreich zahlt nur ein.“

Falsch! Österreich gehört zu jenen EU-Ländern, die viele Förderungen erhalten, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Forschung.

„Österreich muss für Griechenland und Co. zahlen.“

Richtig ist: Österreich zahlt an kein Land direkt Geld. Als Teil der Solidargemeinschaft EU hat auch Österreich einen bestimmten Betrag in Form von Haftungen zugesagt. Hier handelt es sich aber um eine Form eines Kredits. Ein Austritt Griechenlands hätte zu einem Zerfall der Eurozone führen können, und damit zum Abbau von Tausenden Arbeitsplätzen in Österreich.

„Das kleine Österreich hat in der EU nichts zu melden.“

Falsch! Österreichische VertreterInnen sind in allen wichtigen Gremien präsent. Außerdem hat Österreich als kleiner Staat verhältnismäßig mehr Abgeordnete als zum Beispiel Deutschland. Österreich hat nach der Wahl 18 Abgeordnete, das zehn Mal größere Deutschland hat 96.

„Das EU-Parlament kann eh nichts entscheiden.“

Falsch! Mittlerweile geht ohne das Parlament nichts mehr: Seit dem Vertrag von Lissabon muss es fast allen Gesetzesvorlagen zustimmen. Ist das Parlament nicht einverstanden, macht es Änderungsvorschläge und es wird ein Kompromiss gesucht. Neu bei dieser Wahl: Die Parlamentswahl ist indirekt auch die Wahl des/der Kommissionspräsidenten/-präsi-

dentin. Die Parteien stellen jeweils eine Spitzenkandidatin/einen Spitzenkandidaten europaweit auf. Die stärkste Partei stellt auch die Spitze der Kommission.

„Der Euro ist ein Teuro – zurück zum Schilling wäre besser.“

Stimmt nicht. Vor dem Euro hatte Österreich teils wesentlich höhere Inflationsraten als jetzt. Ein Austritt aus der Eurozone würde für uns Währungsschwankungen, sinkende Exporte und damit mehr Arbeitslosigkeit bedeuten.

„EU-Regulierungswut: Sogar die Gurken werden genormt.“

Richtig ist: In Österreich gab es bereits 20 Jahre vor der EU-Verordnung ein Gesetz über die Gurkenkrümmung. Diese und ähnliche Regelungen gehen auf internationale Vereinbarungen zurück und werden von der EU nur übernommen.

„AusländerInnen fluten unseren Arbeitsmarkt und drücken die Löhne.“

Richtig ist: Der erwartete Ansturm aus den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern ist ausgeblieben. Außerdem müssen ArbeitnehmerInnen, egal woher, in der EU nach den jeweils geltenden nationalen Regelungen entlohnt werden. In Österreich ist also zumindest nach KV zu bezahlen. Seit 2011 gilt das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping, Unterentlohnung ist strafbar.

„AusländerInnen nutzen unsere Sozialsysteme aus.“

Falsch! Die Fakten des Sozialministeriums beweisen das Gegenteil: Der Anteil von Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher ist bei Österreicherinnen und Österreichern höher als bei in anderen Ländern geborenen Menschen. AusländerInnen sind auch kürzer arbeitslos als österreichische StaatsbürgerInnen – insgesamt zahlen sie netto mehr in die Sozialsysteme ein, als sie herausbekommen.

Mehr Info: tinyurl.com/qem85sl